WP-01-K2-743

Einfach dabei sein – fair und bezahlbar

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Stephanie Aeffner (KV Pforzheim und Enzkreis)

Änderungsantrag zu WP-01-K2

Von Zeile 742 bis 743 einfügen:
angewiesen sind, soll es sich für sie noch mehr als bisher lohnen, ihren Stundenumfang zu erhöhen.

Unser Sozialstaat unterstützt alle Menschen im Land je nach ihrer Situation – mit steuerlichen Freibeträgen, Elterngeld, BAföG, Wohngeld, Grundsicherung usw. Damit sich die Menschen in unserem Sozialstaat zurechtfinden und ihn wieder als gerecht empfinden, muss er einfacher, unbürokratischer und transparenter werden. Deshalb wollen wir eine Art Existenzgarantie entwickeln. Sie ist so pauschal wie möglich und so individuell wie nötig. Wer mehr arbeitet, hat am Ende auch mehr auf dem Konto. Niemand muss kompliziert beantragen, was einfach und nach klaren Regeln und Kriterien direkt ausgezahlt werden kann. Um diese Vision zu realisieren, werden Steuer- und Sozialsystem klug verknüpft. Das ist auch wichtig, damit unser Sozialstaat bei zunehmendem Fachkräftemangel funktionsfähig bleibt. Für diese Reform wollen wir einen breiten partizipativen Prozess starten.

Begründung

Im Kapitel 1B (Für einen Staat, der für die Menschen funktioniert) wurde der Reformbedarf an unserem föderalen System adressiert. An dieser Stelle habe ich einen Änderungsantrag gestellt, das dort rauszunehmen, weil es dazu eine eigene Darstellung explizit für Reformen des Sozialstaates braucht.

Mit einer beispiellosen Kampagne wird unser Sozialsystem gerade angegriffen. Menschen, die geringe Einkommen haben, werden gegen diejenigen ausgespielt, die kein Einkommen oder ein so geringes haben, dass sie mit Bürgergeld aufstocken müssen. Es ist klar, dass es Gerechtigkeitslücken gibt. Beispielsweise lohnt sich ab einem gewissen Einkommen und in gewissen Familienkonstellationen die Ausweitung von Erwerbsarbeit nur sehr wenig. Zudem erleben Bürger*innen den Staat als ungerecht, wenn sie monatelang beispielsweise auf die Bewilligung von Wohngeld warten müssen. Wir lösen diese Probleme aber nicht, indem wir das Bürgergeld (und damit die Integrations- und Teilhabechancen) verschlechtern, sondern indem wir unseren Sozialstaat grundlegend überarbeiten. Das macht ihn nicht nur gerechter. Es hilft auch den Kommunen, die mit der komplexen Bearbeitung vielfach überlastet sind und gleichzeitig durch den demografischen Wandel mit einem massiven Fachkräftemangel zu kämpfen haben. Da eine solche Reform sehr komplex ist, sollte sie gemeinsam mit allen Stakeholdern, allen föderalen Ebenen inklusive der Verwaltungspraxis sowie der Wissenschaft erarbeitet werden – miteinander im Sinne aller statt gegeneinander zur parteipolitischen Profilierung

weitere Antragsteller*innen

Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen); Ralf Gäer (KV Märkischer Kreis); Katrin Langensiepen (KV Hannover); Sebastian Karg (KV Schwäbisch Hall); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Simon Dylla (KV Wiesbaden); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Tariq Kandil (KV Berlin-Reinickendorf); Sebastian Wormsbächer (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Klaudia Maria Hanisch (KV Göttingen); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Cindy Holmberg (KV Reutlingen); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Marc Kersten (KV Köln); Wolfgang Strengmann-Kuhn (KV Offenbach-Stadt); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Henry Knobbe-Eschen (LV Bremen); Marco Tiedtke (KV Leipzig); Arne Lorenz Gellrich (KV Osterholz); sowie 41 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.